

bei wird gegen den vorgeblichen „Monismus“ des Marxismus die „phänomenologisch einleuchtende Vollständigkeit der Menschennatur“ (192) gesetzt. Welches Marx-„Verständnis“ überhaupt zugrunde liegt, zeigt sich in Kremps Feststellung, Marx sei ein sozialistischer Utopist, „der Schwachsinn produziert“ und dessen Zukunftsentwurf unwissenschaftlich und naiv sei (103). Geist und Glauben setzt Kremp gegen den Sozialismus, da dieser mit politischen Mitteln oder einem besseren Programm nicht zu besiegen ist (9). Dabei wird die Elite mit ihren Tugenden und ihrer Kraft zur Entscheidung der ausschlaggebende politische Faktor (9). In diesem Zusammenhang ist auch das Demokratieverständnis bedeutsam. Darin wird sie zu einer Herrschaft der „Geistpersonen“ — d. h. der bürgerlichen Intelligenz —, die der Masse auch mit staatlichen Mitteln Ordnung beizubringen haben. „Aber war Demokratie, sofern der Rechtsstaat nicht moderierend einwirkte, nicht schon immer das Gegenteil von Diskussion?“ (216) Die Freiheit, um die es geht, ist einzig die der „Geistperson“, des „Manns mit dem Buch“ (218). Hierin zeigt sich der offen reaktionäre antidemokratische Charakter von Kremps irrationaler und subjektivistischer Anthropologie. Was er will, ist der „Schutz der gesellschaftlichen Freiheit vor der Demokratisierung im vertikalen Schnitt“ (211).

Allein der „Mann mit dem Buch“ als Mitglied einer Elite hat die Möglichkeit, mit philosophischen oder religiösen Antworten die „Auskunft der Transzendenz“ zu geben, nach der es vorgeblich alle verlangt (216). — Um aber die Indoktrination mit den Werten des elitären Irrationalismus erfolgreich vollziehen zu können, „ist es ... wichtig, sich streng ‚klassenlos‘ zu verhalten und zu bewegen“ (218). Aus diesem Grund ist es im Gegenzug so wichtig, immer wieder das Inhumane und Klassenegoistische einer solchen Anthropologie aufzuzeigen, die unter dem Vorwand, („Existenz“-) Angst zu beseitigen, Angst (vor dem „kollektivistischen Sozialismus“) erzeugt.

Reinhard Körner (Berlin/West)

**Dahm, Helmut:** *Demokratischer Sozialismus. Das tschechoslowakische Modell.* Leske Verlag, Opladen 1971 (82 S., br., 6,80 DM).

Die am 21. August 1968 von der Sowjetunion und ihren Verbündeten militärisch gestoppte Reformpolitik des sog. Prager Frühlings hat zwar ein immenses öffentliches Interesse gerade in der BRD gefunden, wissenschaftliche Analysen und Dokumentationen blieben dagegen bislang spärlich. Diese Lücke mit schließen zu wollen, ist die Absicht Dahms, Mitarbeiter des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln. Seine Arbeit versucht im ersten Teil eine Analyse der Ursachen, Ziele und Folgen des Prager Reformkurses und präsentiert dazu im Anhang eine Reihe wichtiger

Dokumente, z. T. Erstveröffentlichungen in eigener Übersetzung. Die 75 Mitarbeitern des Philosophischen Instituts der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften an die KPC, eine Erklärung des damaligen Wirtschaftsministers Ota Sik zur neuen Wirtschaftspolitik und eine Bekanntgabe des Präsidiums der Regierung zur „Demokratisierung der Leitung der Betriebe“ sind, dokumentieren allerdings wegen des Überwiegens offiziöser und offizieller Verlautbarungen weniger die politische und soziale Bewegung im Zuge des „Prager Frühlings“, sondern vielmehr die ökonomischen, politischen und kulturellen Vorstellungen ihrer Protagonisten. — Diese programmatisch-projektive Aspekte exponierende Auswahl der Dokumente scheint durch den Interpretationsansatz Dahms präjudiziert. Ihn interessieren nicht die realen politisch-sozialen Verhältnisse, sondern primär „funktionelle Relationen“. Seine Erklärungen und Erläuterungen resultieren nicht aus einer materialistischen Analyse der Entwicklung der CSSR im Zeichen des Übergangs zum Sozialismus, vielmehr leiten sie sich ab vom funktionalen Beziehungsgeflecht kybernetischer Modelltheorie. — Die gesellschaftlichen Zustände vor und während der Reformperiode sind bei ihm gegensätzlich getrennt: vorher habe ein System der „monokausalen Befehlskette bloßer Steuerung mit unvertretbar langen Totzeiten“ geherrscht, während die Reform „zu einem poly- und zyklokausalen, rückgekoppelten Gesamtsystem stabilisierender Regelung“ tendierte (19 f.).

Eine deutlichere politische Sprache sprechen die Dokumente selbst. Ausgehend von der Ansicht, daß „Industrialisierung im Sozialismus ... zwangsläufig zur Deformation des Sozialismus führen (muß)“ (Memorandum, 50 f.), propagieren die Prager Reformer die Loslösung vom gesetzten sowjetischen Vorbild und die Reinstallierung marktwirtschaftlicher Verkehrsformen im Rahmen verstaatlichter Produktionsmittel. Durch „die vollständige Entwicklung der Marktbeziehungen (...) auf der Grundlage eines Systems von Selbstverwaltungen mit verschiedenen Typen des sozialistischen Unternehmens“ (Memorandum, 50 f.) soll der infolge zentralistischer Planpolitik verschüttete individuelle „Unternehmungsgeist“ (Memorandum, 49) wiederbelebt und zum entscheidenden Motor wirtschaftlichen Wachstums werden. Ähnlich wie in kapitalistischen Ländern sollen sich Konzerne bilden, die, miteinander konkurrierend, „im Sinne eines modernen Managements“ (Sik, 59) zu führen seien. Einer möglichen Verselbständigung der wirtschaftlichen Führungsschicht sollen „Räte der Werktätigen“ vorbeugen, die faktisch freilich eher zu Instrumenten der Integration geworden wären, sollten sie doch ihr Kontrollrecht auch und gerade „zur Sicherung hoher Fachlichkeit der Leistung, zur Stärkung der Autorität der Wirtschaftsleitung und zur gesamten Stabilisierung in den Unternehmen und in den Betrieben“ ausüben („Demokratisierung der Leitung der Betriebe“, 73). In den ökonomischen Modellvorstellungen Siks u. a. finden sich nicht einmal mehr Spuren der Politischen Ökonomie Karl Marx'. Weder setzt die reformerische Interpretation der wirtschaftlichen Situation in der

CSSR bei den grundlegenden Ware-Geld-Beziehungen in der Übergangsgesellschaft an, noch begreift sie ihre sozio-ökonomische Fortentwicklung als einen Prozeß von Klassenauseinandersetzungen. Leistungssteigerung, Effizienz der Produktion, internationale Wettbewerbsfähigkeit und hoher Befriedigungsstandard marktmäßig zu ermittelnder Konsumbedürfnisse heißen die Schlüsselkategorien der ökonomischen Reform. Das Ineinandergreifen der Teilprozesse autonomer Wirtschaftseinheiten, deren zentrale Vermittlung sich lediglich über langfristige Projektvorschläge ereignen soll, wird in liberaler Tradition nicht als konfligierende, sondern als harmonische Beziehung aufgefaßt.

Analog der als Weiterentwicklung des Sozialismus propagierten tendenziellen Wiederherstellung liberal-kapitalistischer ökonomischer Verhältnisse soll sich das politische System wandeln. Entscheidender Ansatzpunkt sei die Auflösung der Monopolstellung der kommunistischen Partei zugunsten eines Pluralismus von Interessenverbänden politischer, ökonomischer und kultureller Art. Das leninistische Parteikonzept sei überholt und müsse einer Vielfalt konkurrierender staatlicher und gesellschaftlicher Instanzen Platz machen. Die richtige Intention der Reformer, den unter Nowotny selbständigten Parteiapparat der Kontrolle von unten zu unterwerfen, verflüchtigt sich im Dunst sozialstaatlicher Vorstellungen von „Partnerschaft und Wettbewerb der Ideen“ (Memorandum, 53), deren Basis eine autonom sich entfaltende, Politik anleitende Wissenschaft darstellt. Denn nicht so sehr politische Kontrolle von unten, vielmehr fachliche Kontrolle der Politik ist gemeint: Politik soll sich konsequent an den Erkenntnissen einer pluralistisch verfahrenen Wissenschaft ausrichten, einer Wissenschaft, die „durch das scientistische und das anthropologische Modell, durch die Philosophie der Praxis, durch die subjektiv-objektive Dialektik des Historismus und schließlich durch die nicht-anthropologische Ontologie der Faktizität“ (zit. nach Černý, 17) den bislang dominierenden Dialektischen Materialismus relativieren soll.

Die von keiner Klassenanalyse berührte „Reform“ kann sich denn auch nicht mehr im proletarischen Interesse definieren. Auf ihre Weise folgerichtig, proklamiert sie sich als „Revolution der Intellektuellen“ (23, zit. nach Löbl). Im Unterschied zur Revolution des Proletariats, die „der Analyse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation des 19. Jahrhunderts“ entsprochen habe (23), sei die „Revolution der Intellektuellen“ die angemessene Antwort auf das Modernitätsgebot des 20. Jahrhunderts. — Folgt man den Dokumenten, deren Auswahl zweifellos repräsentativ ist, so läßt sich der „Prager Frühling“ als eine im wesentlichen bürgerliche Reformbewegung bestimmen. Dahm freilich verdunkelt diesen Charakter des „tschechoslowakischen Modells“ durch die scheinbare Neutralität seines modelltheoretischen Vorgehens und bestärkt damit die ideologische Befangenheit seines Leserkreises in der Bundesrepublik.

Manfred Busowietz (Berlin/West)